

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heinrich G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 0 22 846 ppbn d  
Telefax: 21 08 64

## Inhalt

Hermann Heinemann zur  
Bonner Reaktion auf den  
Übersiedlerzuzug: Zu spät  
und zu halbherzig.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB zur  
Weigerung des Bundesvertei-  
digungsministers, sich auf die  
veränderte Sicherheitslage  
einzustellen: Stoltenberg im  
alten Trott.

Seite 3

Albracht Müller MdB und  
Kurt Beck MdL zu Erfah-  
rungen mit der Bundestags-  
präsidentin in Rheinland-  
Pfalz: Frau Süßmuth und die  
„Überparteilichkeit“.

Seite 5

45. Jahrgang / 52

15. März 1990

Zu spät und zu halbherzig

Zur Bonner Reaktion auf den Übersiedlerzuzug

Von Hermann Heinemann  
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nord-  
rhein-Westfalen

Die Möglichkeiten der Länder und Kommunen, die vielen Men-  
schen aus der DDR, Polen, UdSSR und Rumänien halbwegs  
menschenswürdig unterzubringen, sind längst erschöpft. Den Kom-  
munen steht das Wasser bis zum Hals. Ich selbst habe bei zahl-  
reichen Besuchen in Aufnahmegemeinden immer wieder fest-  
stellen müssen - und dieser Eindruck richtet sich keineswegs ge-  
gen die aufnehmenden Gemeinden, die keine anderen Möglich-  
keiten mehr haben -, daß Aus- und Übersiedlern häufig nur noch  
katastrophale Unterkünfte angeboten werden können. Viel-  
köpfige Großfamilien in Räume gepfercht, die notdürftig durch  
mitten in die Zimmer gestellte Schränke etwas aufgeteilt sind,  
Pappwände zum benachbarten Großraum, Familien mit vielen  
Kindern, und wenn ein Kind nachts weint, kommt ein vielstim-  
miges Echo. Szenen, die sich inzwischen überall im Land ab-  
spielen.

Und mit dem Anwachsen dieser Probleme sinkt gleichzeitig  
die Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung Aus- und Über-  
siedlern gegenüber. Dies ist eine gefährliche Entwicklung, die den  
sozialen Frieden in unserem Land gefährden kann. Diesen Vor-  
wurf kann man der Bundesregierung nicht ersparen: Für diesen  
gefährlichen Stimmungswandel in der Bevölkerung ist die Un-  
tätigkeit der Bundesregierung verantwortlich.

Denn die Bundesregierung hat auf diese Entwicklung bisher  
nicht oder mit völlig unzureichenden Mitteln reagiert. Statt  
zu handeln, hat sie schwadroniert. Sozialdemokraten wie Oskar  
Lafontaine und andere, die seit langem vor den Folgen des un-  
gebremsten Aus- und Übersiedlerzuzugs warnen, sind diffamiert  
worden, sie würden Neidkomplexe schüren.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fremdfertige Druckung  
aus 100% recyceltem Papier  
Recycling-Paper



Als ich im Oktober vergangenen Jahres bereits darauf hingewiesen habe, daß Übersiedler gegenüber der einheimischen Bevölkerung nicht bevorzugt werden dürfen, eigentlich eine Selbstverständlichkeit - hörte sich die Reaktion der CDU - Originalton des CDU-Fraktionsvorsitzenden Bernhard Worms - so an: „Die Bemerkungen Heinemanns, die in planvoller Absicht in die öffentliche Diskussion eingespeist wurden, erfüllen fast schon den Tatbestand der Hetze gegenüber einem Teil unseres Volkes.“ Und: „Mit seinem Appell an niederste Instinkte profiliert sich Heinemann als demagogischer Vorreiter einer Unkultur des Vorurteils und der Neidkomplexe.“

In ähnlich rüder Weise sind CDU-Politiker mit Oskar Lafontaine umgesprungen, weil der schon sehr früh eine Abschaffung von Sonderleistungen für Aus- und Übersiedler verlangt hatte. Man erinnert sich noch an jene Heuchler, die jammerten, damit sollten Mauern aus Paragraphen aufgebaut werden.

Längst haben auch verantwortliche Politiker der CDU wie Lothar Späth und Manfred Rommel erkannt, daß es so nicht weitergehen kann, daß der Übersiedlerzuzug gebremst werden muß. Und die Bundesregierung? Sie reagiert wiederum nur unzureichend. Endlich will sie Sonderleistungen für Übersiedler streichen. Endlich denkt sie auch über eine Abschaffung des Notaufnahmeverfahrens nach. Aber wann soll das Notaufnahmeverfahren abgeschafft werden? Das hat uns Innenminister Schäuble nicht verraten. Wenn irgendwann keine Übersiedler mehr zu uns kommen sollten, dann braucht man auch nicht mehr das Notaufnahmeverfahren abzuschaffen. Dieses Vorgehen der Bundesregierung ist absurd.

Die Bundesregierung reagiert wie immer, beispielsweise wie beim unzureichenden Wohnungsbau: Zu spät und zu halbherzig. Wenn dies so weitergeht, befürchte ich, daß es irgendwann zu noch einschneidenderen Steuerungsmöglichkeiten kommen wird. (-/15.3.1990/rs/vb-hs/ks)

\* \* \*

### Stoltenberg im alten Trott

Zur Weigerung des Bundesverteidigungsministers, sich auf die  
veränderte Sicherheitslage einzustellen

Von Horst Niggemeier MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

„Wenn der Eindruck der Bedrohung schwindet, werden alte Fragen mit neuer Dringlichkeit gestellt: Bleibt die Abschreckung mit gefährlichen Vernichtungswaffen unentbehrlich? Welchem Auftrag und Sinn dienen Streitkräfte, wenn der kalte Krieg zu Ende geht?“

(Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 13. Oktober 1989 in einer Ansprache vor der Universität der Bundeswehr in München)

Schon am 13. Oktober 1989 stellte der Bundespräsident die aus der Entwicklung in Osteuropa einschließlich der DDR resultierenden Fragen, die erkennen lassen, daß neue sicherheitspolitische Definitionen im Ost-West-Verhältnis notwendig sind. „Werden Zweifel laut, gilt es nachzudenken“, meinte Richard von Weizsäcker in München und mahnte „die Bereitschaft zur Selbstüberprüfung“ an. Der für seine Besonnenheit bekannte Bundespräsident wollte damit nicht dem Ausstieg aus einem deutschen Sicherheitsbeitrag in Europa das Wort reden; aber den Meinungsbildungsprozeß in Richtung Entspannung und Rüstungsverminderung anzuregen, das darf beim Bundespräsidenten vermutet werden.

Dieser Rückgriff auf die Weizsäcker-Worte empfiehlt sich deshalb, weil am 23. Oktober 1989 Bundesverteidigungsminister Stoltenberg offenbar ohne jede „Bereitschaft zur Selbstprüfung“ in einer Rede vor dem Deutschen Bundeswehr-Verband klagte: „Der Verteidigungshaushalt 1990, den ich dem Parlament vorgelegt habe, ist zwar knapp, jedoch ausreichend, um die Aufgaben zu erfüllen.“

Was heißt hier „knapp“? Mit 54 Milliarden DM hat der Verteidigungshaushalt 1990 ein Rekordvolumen erreicht. Konsequenzen aus den Entwicklungen in der Sowjetunion und in den übrigen Staaten des Warschauer Paktes wurden nicht gezogen. Selbst die signifikanten Fortschritte bei den Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen in Wien und Genf konnten in der Regierungskoalition nicht dazu beitragen, das Schema F bei der Festsetzung der Verteidigungsausgaben zu durchbrechen. Da klingt es dann wenig überzeugend, wenn FDP-Minister Möllemann erst noch in diesen Tagen meint, man könne „jetzt mit guten Gründen weniger Geld für die Rüstung ausgeben“.

Die Chance, über den Nachtragshaushalt 1990 Korrekturen bei den Verteidigungsausgaben vorzunehmen, wurde nicht genutzt, weder von der FDP noch von Stoltenberg und seiner Fraktion.

Vielmehr sitzt Stoltenberg im Bremserhäuschen und drosselt das Tempo für neue sicherheitspolitische Orientierungen. Daß dies selbst dem liberalen Koalitionspartner inzwischen über die Hutschnur geht, wird an den vielen FDP-Widersprüchen gegenüber der CDU/CSU deutlich, die an solchen Punkten wie Personalstärke der Bundeswehr, Wehrdienstdauer, Jäger 90, nuklearen Kurzstreckenwaffen und dem Konzept gemeinsamer europäischer Sicherheit festzumachen sind.

Die veränderte Bedrohungs- und Sicherheitslage in Europa hat selbst den Generalinspekteur auf einer Tagung in dieser Woche zu den Anmerkungen veranlaßt, daß der politische Auftrag der Streitkräfte künftig militärisch anders umgesetzt werden müsse, weil die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs außerordentlich gering, die Bindungen im Warschauer Pakt immer schwächer geworden seien und sich Konfrontation zu Kooperation wandle; die Entwicklung erfordere und ermögliche ein neues Sicherheitskonzept.

Was der Generalinspekteur der Bundeswehr weiß, sollte eigentlich auch der Verteidigungsminister wissen. Doch der macht weiter im alten Trott.

Da ziehen die Sowjets ihre Truppen aus Ungarn und der Tschechoslowakei ab, die Wehrdienst-dauer wird in den Warschauer Pakt-Staaten verkürzt - auch in der DDR auf zwölf Monate - und Soldaten der Nationalen Volksarmee bewerben sich bei Westreisen für den Dienst in der Bundeswehr.

Wenn diese Entwicklungen nicht ein Zeichen von deutlich nachlassender militärischer Bedrohung sind, dann stellt sich die Frage, was dann noch geschehen muß, um Stoltenberg wachzurütteln. Europa verändert sich in einem atemberaubenden Tempo und Stoltenberg macht unverändert weiter.

So werden dann Milliarden an Steuermitteln unnötigerweise für Verteidigungszwecke ausgegeben, anstatt sie - wie die SPD es immer wieder gefordert hat - in den deutschen Einigungsprozeß und in innenpolitische Sozialaufgaben umzuschichten.

Ohne die westeuropäische Sicherheit auch nur andeutungsweise zu gefährden, könnten unverzüglich Schritte eingeleitet werden, um den Friedensumfang der Bundeswehr deutlich zu vermindern, die Dauer des Grundwehrdienstes auf zwölf Monate zu verkürzen, die Tiefflüge einzustellen und das Projekt „Jäger 90“ aus dem Verkehr zu ziehen.

Das Zögern des Bundesverteidigungsministers, in diesen Bereichen aktiv zu werden, ist finanziell unverantwortlich und auch sicherheitspolitisch sehr bedenklich.

Wenn denn schon Stoltenbergs höchster Militär meint, daß die „Bindungen im Warschauer Pakt immer schwächer“ geworden seien (das ist der Erkenntnisstand des Generalinspekteurs vom 13. März 1990), dann gewinnt jene Erklärung des SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel an Bedeutung, die vom 19. Februar 1990 stammt und da lautet:

„Das Gewicht zwischen den Bündnissen darf nicht verschoben werden. Es darf also jetzt in einer Zeit, in der die Bedrohung deutlich abgenommen hat und noch weiter sinkt, von unserer Seite nicht mit einer Stärkung des militärischen Gewichts unseres Bündnisses geantwortet werden.“

Inzwischen haben sich die Gewichte verschoben. Der Warschauer Pakt ist politisch und militärisch schwächer geworden. Das kann doch nur bedeuten, daß wir unsere militärischen Anstrengungen in einigen Bereichen gefahrlos vermindern können und nicht mit einem Verteidigungshaushalt auf Rekordniveau glänzen. Ein Glanz, der sehr schnell matt werden wird und den unentschuld-baren Nachteil hat, für wenig Wirkung viel Geld zu kosten. (-/15.3.1990/vo-he/rs)

\* \* \*

Frau Süßmuth und die „Überparteilichkeit“

Zu Erfahrungen mit der Bundestagspräsidentin in Rheinland-Pfalz

Von Albrecht Müller MdB und  
Kurt Beck MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer der rheinland-pfälzischen SPD-Landtagsfraktion

Aufgrund unserer Erfahrungen mit Frau Süßmuth halten wir die Forderung, sie solle wegen ihres politischen Engagements in Niedersachsen ihr Amt als Bundestagspräsidentin niederlegen, für mehr als berechtigt. Ihre jetzt in der Presse wiedergegebene Behauptung, ihre politischen Funktionen hätten sie bisher nicht daran gehindert, ihr Präsidentenamt „unparteiisch wahrzunehmen“ (Frankfurter Rundschau vom 15.3.90), ist absolut falsch.

Wir beide waren zum Beispiel am 16. Juni 1989 Augenzeugen eines Auftritts der Bundestagspräsidentin, der dank ihrer aktiven Mithilfe zu einer reinen Wahlkampfveranstaltung geriet:

In der Einladung der Veranstalter ausdrücklich als die Bundestagspräsidentin angekündigt, erschien Frau Süßmuth am 16. Juni 1989 - zwei Tage vor der Europawahl und den Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz - auf dem Grenzlandfest der südpfälzischen Gemeinde Kapsweyer. Dieses Fest ist eine traditionsreiche, strikt überparteiliche Veranstaltung, die die Gemeinde zusammen mit ihren französischen Nachbarn ausrichtet.

Frau Süßmuth nutzte die Gelegenheit eines Grußwortes der Bundestagspräsidentin, um die angeblichen Verdienste des damaligen CDU-Generalsekretärs und CDU-Wahlkreisabgeordneten Dr. Geißler herauszustreichen. Besonders pikant, daß sie in ihrer Ansprache mehrfach vom „Generalsekretär“ sprach. Sie hielt und hält es offensichtlich für unnötig, wenigstens die drei Buchstaben „CDU“ devorzusetzen. Die Abgeordneten anderer Parteien waren keines Wortes würdig.

Da paßte es zum Charakter des Süßmuthschen Auftritts, daß sie eine CDU-Besuchergruppe aus ihrem Wahlkreis Göttingen mitgebracht hatte. Den Parteifreunden aus Niedersachsen war der beherrschende Tisch in der Mitte freigehalten. Der „Reiseleiter“, ihr Parteifreund aus Göttingen, erhielt die Gelegenheit zu einer Rede zum Ruhme seiner Partei. Von der Überparteilichkeit des Grenzlandfestes war nichts mehr zu spüren.

Interessant ist noch, daß Frau Süßmuth auch nach der Veranstaltung kein Wort der Nachdenklichkeit oder gar des Bedauerns fand. Sie reagierte auf ein entsprechendes Schreiben mit fragwürdiger Auffächterei.

Der Briefwechsel Albrecht Müller/Rita Süßmuth ist im folgenden dokumentiert.

„Sehr geehrte Frau Präsidentin,

trotz des Kommunal- und Europawahlkampfes fand ich die Idee Ihres Besuches des Grenzlandfestes in Kapsweyer eigentlich akzeptabel, im Blick auf die Kapsweyerer sogar erfreulich. Um so mehr war ich enttäuscht vom Verlauf des Festes, den Arrangements und Ihren Äußerungen.

Sie haben als Bundestagspräsidentin ein Grußwort gesprochen und in diesem Grußwort ständig vom „Generalsekretär“ geredet. Sie haben damit und mit der Art des Auftritts Ihrer Wahlkreisgruppe aus Göttingen leider wesentlich dazu beigetragen, daß dieses Fest der deutsch-französischen Freundschaft zusehends den Anstrich einer CDU-Familienfeier bekam. Da hat e i n e Partei demonstriert, wie sehr sie sich als die Staatspartei versteht, so sehr, daß man schon gar nicht mehr den Parteilnamen zum Begriff des Generalsekretärs hinzusetzen muß, um verständlich zu machen, wer gemeint ist. Dies ist am Vorabend eines Tages, an dem wir alljährlich gegen den Anspruch einer Einheitspartei demonstrieren, aus meiner Sicht besonders peinlich gewesen.

Es mag ja sein, daß andere diese Peinlichkeit nicht empfunden haben. Dies ist aber dann eher ein Zeichen für den Verlust an demokratischer Pluralität, der im Wahlkreis Ihres Generalsekretärs besonders spürbar ist.

Bei meinem Grußwort in Kapsweyer habe ich darauf verzichtet, diese kritischen Anmerkungen öffentlich vorzutragen. Ich wollte die Grenzlandfeier damit nicht belasten. Sie sollten jedoch wissen, wie einer Ihrer Kollegen einen solchen Abend mit der Bundestagspräsidentin empfindet.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Albrecht Müller."

„Sehr geehrter Herr Kollege,

haben Sie vielen Dank für Ihren Brief vom 17. Juni 1989. Ich kann durchaus verstehen, daß Sie während eines Wahlkampfes an einer möglichst strikten parteipolitischen Ausgewogenheit von öffentlichen Veranstaltungen wie der in Kapsweyer interessiert sind. Dennoch kann ich Ihre Bewertung, in Kapsweyer habe ‚eine Partei demonstriert, wie sehr sie sich als die Staatspartei versteht‘, überhaupt nicht nachvollziehen. Ein derartiger Gedanke liegt mir absolut fern. Man hat mir im Laufe der letzten Jahre eine Menge Vorwürfe gemacht und viele meiner Äußerungen kritisiert: Der Vorwurf, ich wolle die CDU als eine Staatspartei darstellen, war bisher nicht darunter, und ich bin mir sicher, daß ich dazu auch bei keiner Gelegenheit Anlaß gegeben habe.

Sie kritisieren auch die Art des Auftritts der Gruppe aus meinem Wahlkreis. Da Sie dazu keine genaueren Ausführungen machen, bin ich nicht in der Lage, zu dieser Kritik Stellung zu nehmen. Ich bin im übrigen auch nicht gewillt, Personen aus meinem Wahlkreis Anweisungen für ihr Verhalten zu erteilen; ich habe auch keinerlei Veranlassung, mich dafür in irgendeiner Weise verantwortlich zu fühlen. Wenn Sie Anlaß zur Kritik haben, halte ich es für sinnvoll, daß Sie sich an den Vorsitzenden der Gruppe direkt wenden.

Sie schreiben mir, es sei ein Zeichen ‚für den Verlust demokratischer Pluralität‘, wenn andere ‚diese Peinlichkeit nicht empfunden‘ hätten. Ist das nicht ein bißchen weit hergeholt?

Ich weiß, daß wir alle in Wahlkämpfen eine gewisse Empfindlichkeit entwickeln, aber ich habe doch die Hoffnung, daß wir danach wieder zu einem ruhigeren Ton zurückfinden.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Prof. Dr. Rita Süßmuth."

(-/15.3.1990/vo-he/rs)

\* \* \*